

Rathaus, Spanischer Bau

50667 Köln

Postanschrift:

Postfach 103564 · 50475 Köln

Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841

E-mail: [DieLinke@stadt-koeln.de](mailto:DieLinke@stadt-koeln.de)

Fraktionsvorstand

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 05.10.2018

**AN/1374/2018**

## **Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates**

| <b>Gremium</b>  | <b>Datum der Sitzung</b> |
|-----------------|--------------------------|
| Finanzausschuss | 08.10.2018               |

### **Veränderungsnachweis zum Haushalt 2019 und Kulturförderabgabe**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,  
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Börschel,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, den als Anlage beigefügten Veränderungsnachweis zum Haushalt 2019 auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Finanzausschusses zu nehmen.

Die Anlage umfasst:

- Veränderungsnachweis zum Haushalt 2019: Aufwendungen (S. 1-4)
- Kulturförderabgabe; Anpassung des Ansatzes und Verwendung (S. 5)
- Anpassung der mittelfristigen Finanzplanung (S. 6)
- Veränderungsnachweis: Erträge (S. 7)
- Veränderungsnachweis: Gesamtrechnung (S. 8)

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Michael Weisenstein

Geschäftsführer

Fraktion DIE LINKE

## Begründung und Erläuterung der einzelnen Positionen des Veränderungsnachweises:

### **Wohnen**

Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten ist aus Sicht Fraktion DIE LINKE Dreh- und Angelpunkt für die weitere Entwicklung Kölns. Die städtischen Unternehmen müssen in die Lage versetzt werden, deutlich mehr günstige Wohnungen zu schaffen. Eine Reinvestition der Dividendenausschüttung der GAG in die Grubo und ein Verzicht auf die Gewinnabführung der Grubo ermöglichen den Bau von 370 jährlich zusätzlichen Wohnungen.

Auch bei den Stadtwerken wird der Mangel an bezahlbaren Wohnungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer mehr zu einer Herausforderung. Daher wendet sich DIE LINKE gegen den Vorschlag der Stadtverwaltung, immer weitere Finanzmittel aus dem Stadtwerkekonzern abzuziehen, um damit den städtischen Haushalt zu finanzieren. Die Abführung von Finanzmitteln sollte auf dem bisherigen Stand belassen werden und die in der **Mittelfristigen Finanzplanung** vorgesehene Steigerung stattdessen zum Bau von Werkswohnungen verwendet werden. Bereits die Mittel bis 2022 reichen aus, die Zahl der Werkswohnungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns von 1.900 auf 4.500 zu erhöhen.

Das Wohnungsamt muss den eingeschlagenen Weg, Sozialwohnungen zu bauen, verstärkt fortsetzen. Hierzu sieht der Veränderungsnachweis eine Erhöhung der investiven Mittel auf 100 Mio. vor.

Zur wirksamen Verfolgung der Wohnraumschutzsatzung soll wenigstens die Personalausstattung Bonns (im Verhältnis zur Stadtgröße) erreicht werden, zur Einführung und Begleitung von sozialen Erhaltungssatzungen (Milieuschutzsatzungen) soll Personal zugesetzt werden.

### **Radverkehr / Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

Nur mit einer Verkehrswende kann soziale und umweltgerechte Mobilität in der wachsenden Stadt Köln in den nächsten Jahren gewährleistet werden. Daher setzt DIE LINKE auf den ÖPNV und Radverkehr.

Ein Netz von Radschnellwegen soll entlang von Pendler Routen entstehen. Diese Radschnellwege bieten eine klare und attraktive Alternative zum Auto. Hierzu sollen investive Mittel in Höhe von 15 Mio. Euro bereitgestellt werden. Weitere Mittel sollen in die Prüfung und Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht, in den Rückbau freilaufender Rechtsabbieger und in den Aufbau von Fahrradstellplätzen fließen.

Die Stadt Köln hat zu wenig Fachpersonal, um den geplanten Ausbau des ÖPNV umsetzen zu können. Wir wollen das Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau so ausbauen, dass es die Kompetenzen ausüben kann, die einst das Kölner Tiefbauamt vor seiner Zerschlagung hatte. Hierzu wollen wir in 2019 erste 20 Stellen schaffen.

Ein schneller Ausbau attraktiver ÖPNV-Verbindungen ist durch Expressbuslinien auf eigenen Busspuren möglich. Für drei solcher Linien wollen wir Gutachten und Planung in Auftrag geben. Den fahrscheinlosen Tag im ÖPNV wollen wir ausweiten. In 2019 sollen die Osterferien fahrscheinlos und damit für die Nutzer und Nutzerinnen kostenfrei werden.

### **Migration**

Die viel zu lange Wartezeit auf einen Therapieplatz für traumatisierte Geflüchtete soll sich verkürzen. Dafür haben wir vier weitere Vollzeitstellen für das Therapiezentrum für Folteropfer vorgesehen.

In den letzten Jahren haben sich erfolgreiche Projekte für Menschen aus Rumänien und Bulgarien entwickelt, um diesen Menschen Wege in den Arbeitsmarkt zu ebnen. Wir möchten, dass die Stadt diese Projekte weiterführt, notfalls auch ohne die Zuschüsse, die bisher von der Landesregierung kamen.

Für alle Migranten möchten wir die Zuschüsse für die Interkulturellen Zentren erhöhen und weitere Projekte des Interkulturellen Maßnahmenprogramms, die die Stadt bisher auf die lange Bank schiebt, umsetzen.

## **Soziales**

DIE LINKE möchte, dass mehr Menschen Anspruch auf den Köln-Pass und seine zahlreichen Vergünstigungen bekommen.

Köln ist eine wachsende und bunte Stadt. Um benachteiligte Menschen zu unterstützen und aufkommende Konflikte zu lösen, will DIE LINKE die klassische Sozialarbeit ausweiten. In vier neuen Gebieten soll Gemeinwesenarbeit installiert werden. Außerdem soll das bewährte Konzept der Sozialräume langfristig auf neue Gebiete ausgedehnt werden.

In der Seniorenarbeit soll es mehr Hausbesuche geben, die es den Menschen ermöglichen, länger allein zu leben.

Initiativen, die sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen, Erwerbslosigkeit, Obdachlosigkeit, Diskriminierung und Zwangsheiraten richten, sollen durch eine Aufstockung ihres Zuschusses bessere Arbeitsmöglichkeiten erhalten.

## **Kinderbetreuung**

DIE LINKE strebt weiterhin eine kostenfreie vorschulische Bildung an. Auf dem Weg dorthin möchten wir kommunal die Beitragsfreiheit wieder von 12 auf 18 Monate ausdehnen und die Elternbeiträge bis zu einem Einkommen von 36.000 Euro um 25 % absenken.

Für ein qualitativ gutes Kitasystem muss der geltende Tarifvertrag unverzüglich umgesetzt werden. Für ständige Vertretungen möchten wir 6 Mio. Euro zur Verfügung stellen.

## **Schule**

Damit Schule fit für die Herausforderungen einer wachsenden und vielfältiger werdenden Schülerschaft ist, soll Schulsozialarbeit ausgedehnt werden.

Zunächst 1 Mio. Euro möchte DIE LINKE in die Qualität des Offenen Ganztags investieren.

Die knapp 50 Grundschulen in sozialen Brennpunkten sollen mit einer Förderung von je 10.000 Euro unterstützt werden.

Eltern sollen durch zwei zusätzliche Stellen schneller und besser zur Inklusion beraten werden.

## **Kinder- und Jugendarbeit**

DIE LINKE möchte bestehende Jugendzentren stärken und neue Einrichtungen aufbauen. In Höhenberg, Roggendorf/Thenhoven, Kalk, Nippes, Niehl und am Kölnberg sollen neue Einrichtungen entstehen. In Gremberghoven soll die Grembox erweitert werden, in Rondorf die Jugendeinrichtung eins2null, ebenso die Einrichtungen „Zurück in die Zukunft“ und der Jugendladen Nippes Museum in Nippes. Für Porz soll ein mobiles Angebot mit einem Truck finanziert werden.

## **Kulturförderabgabe**

Im Zentrum des Veränderungsnachweises zur Kulturförderabgabe steht, einen kostenfreien Eintritt in die Kölner Museen zu ermöglichen. Die Einnahmen aus den Eintrittsgeldern tragen gerade einmal 8 % zur Finanzierung der städtischen Museen bei, die hohen Eintritte sind aber für viele Menschen ein Hindernis, die Museen zu besuchen.

An den beiden wichtigen Bildungsstätten Volkshochschule und Rheinische Musikschule arbeiten viele Dozenten auf Honorarbasis. Um das Einkommensgefälle zu den Festangestellten zu verringern, kommt DIE LINKE den Forderungen der Lehrenden entgegen und möchte zusätzlich zu den bereits versprochenen 12 weitere 8 neue Stellen an der Rheinischen Musikschule schaffen. Außerdem sollen die Stundenhonorare auf 40 Euro gesteigert werden. An der VHS soll der

Stundensatz um 5 Euro steigen, und außerdem die Honorare analog zu den Tarifsteigerungen des öffentlichen Dienstes angepasst werden.

Bei den Einnahmen aus der Kulturförderabgabe passt DIE LINKE den Haushaltsansatz an die tatsächlichen Einnahmen an. Diese betragen 12,5 Mio. Euro in 2017, angesetzt sind für 2019 sind jedoch nur 7 Mio. Da DIE LINKE sich zur Finanzierung ihrer Forderungen auf diese 5,5 Mio. Euro beschränkt, ist es den haushaltstragenden Fraktionen möglich, diese Vorschläge zu übernehmen, ohne ihre eigenen Planungen zu beschneiden.

## **Erträge**

### **Verzicht auf Ausgliederungen, moderate Anhebung der Gewerbesteuer**

Der Veränderungsnachweis enthält Mehrerträge bzw. Minderausgaben in Höhe von 45,64 Mio. Euro.

DIE LINKE schlägt vor, auf die Umwandlung des Amtes für Wirtschaftsförderung in ein privatrechtliches Unternehmen zu verzichten. Hierdurch können im städtischen Haushalt Mehraufwendungen von etwa 6,9 Mio. Euro eingespart werden.

Ebenfalls sollen externe Beauftragungen vermindert werden, darunter auf das Gutachten zur Fusion der städtischen Kliniken mit der Uniklinik. Allein hierdurch würden 900.000 Euro eingespart. Insgesamt sieht DIE LINKE bei den externen Beauftragungen ein Einsparpotential von mindestens 5 Mio. Euro, das durch eigenes Fachpersonal erschlossen würde.

Durch die Einstellung von zusätzlichen Betriebsprüfern könnten Mehreinnahmen von 6 Mio. Euro bei Personalkosten unter einer halben Million Euro gewonnen werden.

Eine leichte Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes um 10 Hebepunkte ermöglicht in 2019 Mehreinnahmen von 23,8 Mio. Euro. Bis 2022 steigen die Mehreinnahmen durch diese Erhöhung auf 32,5 Mio. Euro.